Jahresbericht

Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit

Die Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit

Der Verein Decolonize Berlin e.V. setzt sich für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Aufarbeitung von kolonialem Unrecht und eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung ein.

2019 ist der Verein aus einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk von Schwarzen, diasporischen, postkolonialen und entwicklungspolitischen Gruppen in Berlin entstanden. Dieses Bündnis besteht weiterhin und wird durch das Engagement von mehr als 100 Einzelpersonen unterstützt.

Seit 2020 ist Decolonize Berlin Träger der “Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit”. Die Koordinierungsstelle wurde vom Land Berlin beauftragt (Drucksache 18/1788), einen partizipativen Prozess für ein gesamtstädtisches Konzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit zu organisieren, der Ende 2021 abgeschlossen wurde. Die erarbeiteten Maßnahmen werden seit 2022 mit Begleitung der Koordinierungsstelle vom Land Berlin umgesetzt.

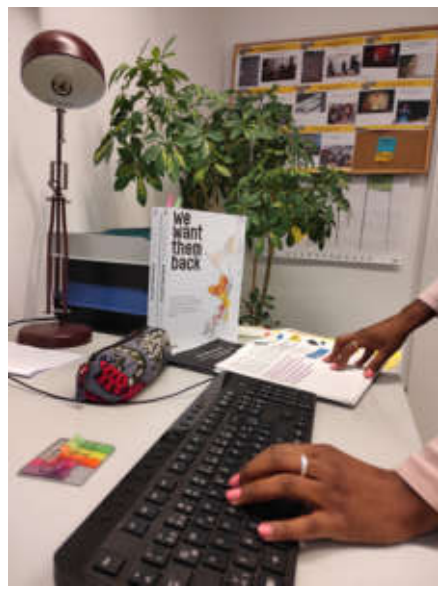


Foto: Decolonize Berlin

Zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit dient die Koordinierungsstelle als Plattform zur Vernetzung von Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Sie erarbeitet zusammen mit diesen Akteur*innen Strategien, Konzepte und einen Rahmen, um die Umsetzung der dekolonialen Ziele praktisch zu ermöglichen. Die Koordinierungsstelle ist Schnittstelle und Anreizgeberin zugleich, unterstützt die verschiedensten Akteur*innen in Berlin bei ihren dekolonialen Vorhaben und setzt gleichzeitig eigene Impulse.

AFRICAVENIR International
African Renaissance, Development, International Cooperation and Peace

BLACK WOMANHOOD
MAMA ARCHIVE
AFROTAK

EINE WELT STADT BERLIN

FuturAfrik

glokal

isd

NARUD
Network African Rural and Urban Development e.V.

Tanzania-Network

KOREAVERBAND

Sources- d'Espoir e.V.
Jugendhilfe | Kulturarbeit I Entwicklungszusammenarbeit

JOLIBA

Herzlichen Dank!

Die Aktivitäten von Decolonize Berlin e.V. und der Koordinierungsstelle basieren auf der Beteiligung von Communities, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Einzelpersonen in Berliner Institutionen und Aktivist*innen. Vielen Dank an alle, die im vergangenen Jahr ihre Ideen und Kräfte in diesen historisch einmaligen Prozess der kritischen Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit eingebracht haben. Ein besonderer Dank gilt all jenen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind und dennoch den Mut und die Power finden, den antikolonialen Widerstand fortzusetzen. Unsere Arbeit wäre ohne Eure Unterstützung nicht möglich!

Unser Dank gilt auch den Institutionen des Landes Berlin, insbesondere der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und vielen Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, die die Herausforderung angehen, koloniale Strukturen zu verändern, deren Teil sie selbst sind.

Im Besonderen danken wir allen Autor*innen und Interviewpartner*innen dieses Jahresberichtes für ihre inspirierenden Beiträge.

Inhaltsverzeichnis

07 **Vorwort**

08 **Zeitstrahl**

15 **Dekolonisierung – ein Querschnittsthema**

16 **Dekoloniale Kämpfe aus Globaler-Süd-Perspektive**

19 **Interview mit Professor Kum'a Ndumbe zur Arbeit von AfricAvenir**

20 **Interview mit Mnyaka Sururu Mboro und Sarah Imani zur Ausstellung 'Marejesho'**

22 **Decolonize Education**

23 **Bildung und Wissenschaft – Kernbereiche dekolonialer Veränderungsprozesse**

24 **Handeln statt reden: Decolonize School!**

26 **Forderungen & Maßnahmen: Bildung und Wissenschaft**

27 **„Decolonize University“**

29 **„Decolonizing the University“**

31 **„Decolonize University“ – ein Beitrag der Black Student Union an der Humboldt-Universität zu Berlin**

33 **Antirassismusarbeit im *weißen* Raum**

37 **How to decolonize?**

42 **Decolonize the City**

43 **Dekoloniale Erinnerungskultur**

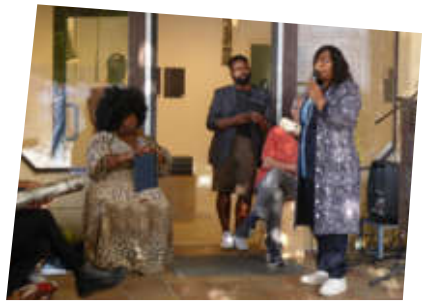
45 **Ein Konzept zur Erinnerung der kolonialen Geschichte des Landes Berlin muss die Geschichte Berlins, Brandenburgs, Preußens sowie die des Wilhelminismus, des Faschismus und der zwei deutschen Staaten nach 1949 neu und anders lesen als bisher – und dadurch Zwischenräume sichtbar machen**

48 **Jahresrückblick des Arbeitskreises Stadtraum**

49 **Die Friedensstatue muss bleiben! Erinnerung an die „Trostfrauen“**

51 **Ausblick 2023**

52 **Impressum**



Fotos: Adel Oworu

Vorwort

Wie lassen sich Forderungen aus der Zivilgesellschaft zur Dekolonisierung des Landes Berlin umsetzen, wenn sie grundlegende Strukturen in Frage stellen? Wie gelingt es, ein Konzept für die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins zu erstellen, wenn die Aufarbeitung ein nie endender Prozess ist? Diese Fragen haben die Arbeit der Koordinierungsstelle im letzten Jahr begleitet. Der Jahresbericht gibt Einblicke in die Aktivitäten, Diskussionen und Ansätze für die Umsetzung dekolonisierender Maßnahmen aus dem Partizipationsprozess. Sie liegen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, öffentlicher Raum und Stadtgesellschaft sowie internationale Zusammenarbeit. Im Jahr 2022 hat sich die Koordinierungsstelle auf Maßnahmen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Wissenschaft sowie zur Rückführung menschlicher Gebeine konzentriert.

Das im Februar 2022 veröffentlichte Gutachten *„Wissenschaftliches Gutachten zum Bestand menschlicher Überreste/Human Remains aus kolonialen Kontexten in Berlin“* ist ein erster Schritt, Informationen über menschliche Gebeine aus kolonialen Kontexten im Land Berlin offenzulegen und Betroffenen eine gezielte Suche nach ihren Vorfahren zu ermöglichen. Die Bestandsaufnahme zeigt, dass Berliner Institutionen die Existenz menschlicher Gebeine aus kolonialen Kontexten lange verheimlicht haben und dies teilweise noch immer tun. Mit der Veröffentlichung können nun Rückgabeprozesse der geraubten Vorfahren und Ahnen weiter vorangetrieben werden.

Die Gutachten im Bildungsbereich beschreiben koloniale Kontinuitäten im Bildungsprogramm für Berliner Kitas, zeigen die Erfordernisse für verpflichtende rassismuskritische Module in der Lehrkräfteausbildung auf und beleuchten die koloniale Vergangenheit Berliner Hochschulen. Die begleitenden Veranstaltungen zum Fachaustausch und zur Vernetzung verdeutlichten die Notwendigkeit dekolonialer und rassismuskritischer Inhalte auf allen Ebenen des Bildungssystems. Diese müssen die Grundlage jeder Wissensvermittlung sein, ob in der Ausbildung oder der Hochschullehre, und sie dürfen nicht nur als freiwilliger Zusatz betrachtet werden.

Gleiches gilt für die Erinnerungskultur zum Kolonialismus im Land Berlin. Sie muss neben der kolonialen Vergangenheit auch die kolonialen Wirksamkeiten in der Gegenwart adressieren. Neben einem zentralen Ort des Erinnerns und Lernens braucht es dezentrale Orte in der Stadt, die die vielschichtigen Dimensionen des Unrechtsregimes Kolonialismus abbilden. Diese Position bringen wir in den Partizipationsprozess zur Erarbeitung des Berliner Erinnerungskonzeptes ‚Kolonialismus‘ ein, der im September 2022 begonnen hat.

In diesem Jahresbericht beschreiben wir unseren Ansatz, dass Dekolonisierung als Querschnittsthema gedacht und umgesetzt werden muss. Dekoloniale Kämpfe aus Südperspektive zeigen, dass eine Auseinandersetzung mit Kolonialismus über die Bezirks-, Landes- und nationale Ebene hinausgehen muss. Lernende und Lehrende fordern eine strukturelle Transformation der Institution Hochschule und Beiträge aus der dekolonialen Stadtpolitik formulieren Schwierigkeiten, mit denen zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der Praxis konfrontiert sind.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Zeitstrahl 2020 – 2022: Gesamtstädtisches Konzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Insgesamt haben über 280 Personen aus 30 Vereinen, Einzelaktivist*innen und Vertreter*innen aus 5 Bezirken und 6 Senatsverwaltungen an den Veranstaltungen teilgenommen, die analog, digital oder hybrid stattgefunden haben.

Foto: Creative Commons Arild Vågen

Foto: BER e.V.

Foto: Roy Wichert

Foto: Roy Wichert

Foto: Oliver Seifert

August 2019

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschließt die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts zur Geschichte und den Folgen des Kolonialismus in Berlin. Die Koordinierungsstelle wird bei Decolonize Berlin e.V. angesiedelt.

Januar 2020

Auftaktveranstaltung mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung

Juni 2020

Strategietag

August 2020

zivilgesellschaftliches Open Space: Black Power. White Sharing. Was heißt Berlin gemeinsam dekolonisieren?

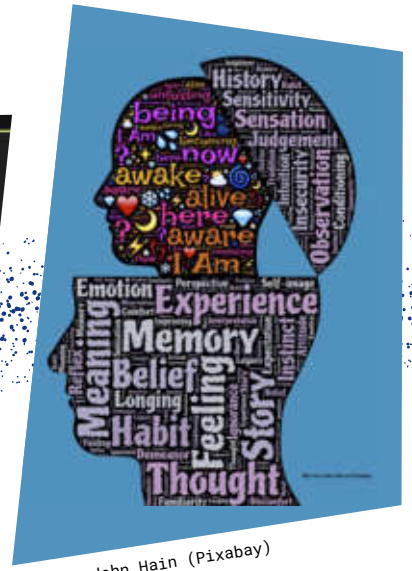
September 2020

Zukunftskonferenz mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung: Gemeinsam Berlin dekolonisieren.

Dezember 2020

Vorstellung des Zwischenberichts

Foto: Decolonize Berlin



Grafik: John Hain (Pixabay)

Foto: Adel Oworu

Foto: Adel Oworu

Frühjahr 2021

Verwaltungsrunden & Gesprächsrunden mit Zivilgesellschaft

Sommer 2021

Online-Veranstaltung: Mehr Schein als Sein? Grenzen des Fairen Handels

Wissenschaftliche Gutachten

Herbst 2021

Fachtag: Koloniale Vergangenheiten – antikoloniale Widerstände – dekoloniale Zukünfte?

Winter 2021

Jahresbericht

März 2022

Veröffentlichung der Publikation „We Want Them Back!“ inkl. „Wissenschaftliches Gutachten zum Bestand menschlicher Überreste/Human Remains aus kolonialen Kontexten in Berlin“

Foto: Adel Oworu

Foto: Decolonize Berlin

Foto: Decolonize Berlin

Foto: Decolonize Berlin

Grafik: Oliver Seifert

März 2022

Parlamentarisches Frühstück zur Präsentation des Jahresberichtes 2021 mit anschließender Diskussion zur Umsetzung der Maßnahmen mit Fraktionsvertreter*innen des Abgeordnetenhauses von Berlin

Mai 2022

Strategietag mit Aktuer*innen und Initiativen der Zivilgesellschaft zur Verständigung über die nächsten Schritte und Nachdenken zu Zielen, Strategien und Positionen

Juni 2022

zivilgesellschaftlicher BIPoC-Space zum Austausch zu (de)kolonialen Strukturen in Hochschulen und Wissenschaft

September 2022

Erinnerungskonzept - Kick Off-Veranstaltung zum Partizipationsprozess zur Erarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes ‘Kolonialismus’ des Landes Berlins

Fachtag „Decolonize University“ mit Expert*innen zu kolonialen Verstrickungen von Wissenschaft und Kolonialität im Hochschulsystem und Bildungseinrichtungen

Oktober 2022

Netzwerkveranstaltung zur Veröffentlichung von drei Gutachten in der Publikation „Was weiß denn ich? - Erziehung, Bildung und Bildungsinstitutionen in antikolonialer Kritik“

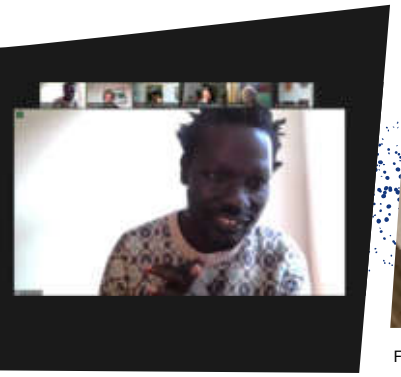


Foto: Decolonize Berlin

Foto: Decolonize Berlin

November 2022

Workshops zu Austausch und Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, um Veränderungsprozesse in Institutionen und Strukturen loszugetreten und das Städtenetzwerk weiter auszubauen

Dezember 2022

Fachtag zur Repatriierung von menschlichen Gebeinen

Jahresbericht 2022

Dekolonisierung – ein Querschnittsthema

Decolonize Berlin

Zu Beginn unserer Arbeit als Koordinierungsstelle haben wir Dekolonisierung als kontinuierliche, gesamtgesellschaftliche Aufgabe beschrieben. Sie ergibt sich daraus, dass die Geschichte und Gegenwart des Kolonialismus alle gesellschaftlichen Bereiche berührt. Dies ist auch in den Forderungen aus dem Partizipationsprozess deutlich geworden, weil sie zum Beispiel neben den Maßnahmen zum Thema Erinnerung und Erzählung auch die Migrationspolitik und die Wirtschaftspolitik des Landes Berlin in den Blick nehmen.

Das Wirtschaftsprinzip des Kapitalismus sowie die Globalisierung der Welt sind untrennbar mit dem Kolonialismus verbunden. Einseitige Handelshemmnisse, die Unterrepräsentation ehemaliger Kolonien in internationalen Gremien, die Missachtung von Menschen- und Arbeitsrechten in ehemals kolonisierten Gesellschaften, *fairtrade* als unkonventioneller Standard – all dies sind Symptome eines neokolonialen Systems, welches die ungleichen Machtverhältnisse der Kolonialzeit fortführt. Das Land Berlin ist gefordert, seine Außenwirtschaftsbeziehungen und das Konzept *Internationale Wirtschaftskooperation Berlin* einer wissenschaftlichen Prüfung nach ihrer Kolonialität zu unterziehen. Zwar ist Berlin Mitglied der Städtenetzwerke *Solidarity City* und *International Cities of Refuge Network (ICORN),* doch noch immer fehlt es an einem gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu wesentlichen Funktionen der Stadt: im Gesundheitssystem, im Justizapparat, im Arbeits- und Wohnungsmarkt oder im Bildungssektor.

Die Anerkennung, dass Kolonialismus als Unrechtssystem alle gesellschaftlichen Bereiche geprägt hat und heute noch prägt, ist Voraussetzung jedes dekolonialen Prozesses. Wir begreifen Dekolonisierung als einen Prozess, der rassistische und kolonialrassistische Haltungen, Inhalte und Strukturen abbaut. Dabei sehen wir die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit als Chance, um mit gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen auf lokaler und globaler Ebene zu brechen. Dekolonisierung hat somit das Ziel, diskriminierende, ausgrenzende und ungerechte Verhältnisse zu beseitigen.

Um dies zu erreichen, braucht es ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein – Dekolonisierung ist ein Querschnittsthema.

Dekoloniale Kämpfe aus Globaler-Süd-Perspektive

Abdou-Rahime Diallo

Seit nunmehr fünfeinhalb Jahrhunderten geißelt ein Monster die Menschheit - mit scheinbar schier unerschöpflicher Energie und Macht und auf unheimlich perfide, zuweilen machtvolle, zuweilen subtile Weise. Dabei erfindet es sich immer wieder neu. Es hat viele Gesichter, Fratzen und ebenso viele Namen: Rassismus, Kolonialismus, Diskriminierung, Apartheid, Faschismus, Kapitalismus, *White Supremacy*, Hierarchismus und viele mehr. Eine seiner besonderen Bezeichnungen lautet *„Kolonialität"*. Dies bedeutet die Kontinuität von Kolonialismus mit der Gesamtheit seiner maskierten Charakteristika, seiner Realität vernebelnden Ideologien, der spaltenden Wirkung und den gesellschaftsübergreifenden Etablierungsstrategien. Wie kaum ein anderes Phänomen der Menschheitsgeschichte konnten Kolonialitäten ein die Welt umspannendes Netz aus Macht-, Denk- und Handlungsstrukturen in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbereichen menschlicher Gesellschaften auf der ganzen Welt etablieren. Wir finden sie zum Beispiel im Franc CFA, der aktuellen Kolonialwährung von 14 afrikanischen Ländern wieder, durch die Frankreich sich seit 60 Jahren an der Wirtschaftsleistung dieser Staaten bereichert. Die Begründung: Die Infrastruktur, die Frankreich während der Kolonialzeit in diesen Ländern aufgebaut hat, müsse bezahlt werden. Kolonialität finden wir aber auch in der Ukraine-Migrationspolitik der EU, die *weißen* Ukrainer*innen erlaubt, einzureisen, Zugang zu Arbeit, Wohnraum, Bildung und Unterstützung bietet, während Schwarzen und anderen als nicht *weiß* angesehene Menschen diese Zugänge verwehrt bleiben und weiterhin tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken und in der Sahara verdursten. Wir erkennen Kolonialität in der wahnwitzigen Ausbeutung von Ressourcen, z. B. dem *land grabbing* durch westliche Konzerne in vielen Ländern Afrikas. Wir nehmen sie in der Bildungs-, Medien- und Kulturpolitik westlicher Länder wahr, die bewusst verhindern, dass sich zukünftige Generationen kritisch mit Kolonialismus und seinen Folgen auseinandersetzen, und so bestehende ungerechte Machtstrukturen nicht kritisch hinterfragen. Besonders deutlich sehen wir Kolonialität in der Unterstützung und Aufrechterhaltung korrupter Machteliten in Afrika durch Regierungen des Westens. Denn diese Machteliten gehen Bündnisse mit dem Westen zur Ausbeutung und Unterdrückung und gegen die Interessen der eigenen Bevölkerungen ein.

Trotz dieser monumentalen Macht wächst der Widerstand gegen dieses Monster besonders dort, wo es bisher am meisten gewütet hat: im Globalen Süden!

Am 14. Januar 2022 fand in Mali die größte Demonstration statt, die das flächenmäßig achtgrößte Land Afrikas je erlebt hat. In allen 11 Distrikthauptstädten gleichzeitig, von Kayes bis Gao, Kidal bis Sikasso, füllten Menschen aller Volksgruppen, Generationen und sozialer Milieus die Straßen. Erstaunlicherweise wurde von diesem Massenprotest, der in einem der historisch, strategisch und politisch wichtigsten Länder West- und Sahelafrikas stattfand, außerhalb des Kontinents kaum Notiz genommen. Vor allem westliche Medien ignorierten ihn. Doch auch Diaspora-Gemeinschaften von Menschen afrikanischer Herkunft nahmen den Protest ebenfalls zu wenig wahr.

Von August bis Dezember 2016 fanden in den USA ebenfalls die größten jemals durchgeführten Proteste indigener Menschen in den USA statt. Sie wurden nicht nur von Indigenen des ganzen Landes getragen. Volksgruppen des gesamten amerikanischen Doppelkontinents und sogar Vertreter*innen aus dem weit entfernten Pazifikraum unterstützten diese Protestbewegung aktiv, doch auch sie fand zu wenig Beachtung. Außerhalb Amerikas nahmen ebenfalls zu wenige Schwarze und POC–Communities den Widerstand wahr.

Doch wogegen richteten sich diese Proteste im eigentlichen Sinne? Was waren Kern und Charakter dieses intensiven Widerstandes? Welche gemeinsamen Perspektiven bestanden zwischen diesen Protestbewegungen?

Die Proteste in Mali richteten sich im Kern gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und ihre Afrikapolitik, auch wenn die wenigen westlichen Medien, die berichteten, sie lediglich zu einem Protest gegen die Entscheidung der Staatengemeinschaft westafrikanischer Länder (ECOWAS), Mali nach dem Putsch vom Mai 2021 politisch und wirtschaftlich zu isolieren, reduzieren wollten. Gleichzeitig versuchten sie, das eigentliche Kernmotiv des Protests zu vertuschen: Schluss mit Frankreichs kolonialer Afrikapolitik! Die Stimmen der Menschen, die Plakate, die Redebeiträge auf den Bühnen, sogar die Gesänge von Kindern forderten das Ende der kolonialen Politik Frankreichs. Diese Welle der Dekolonisierung schwappte von Mali aus in die Nachbarländer, verbreitete sich von dort weiter und erfasste vor allem junge politische Aktivist*innen auf dem gesamten Kontinent. In dieser Dynamik stand nun nicht nur Frankreich am Pranger. Sie entlarvte die gesamte westliche Afrikapolitik als Kolonialität und stellte sie in den Kontext von Ausbeutung, Unterdrückung, Bevormundung.

Indigene Gruppen hatten den Protest gegen den Bau der Dakota Acces Pipeline in den USA nur als Auslöser genutzt, um Kolonialitäten, die sich in allen Ländern und Lebensbereichen gegen sie richteten, sichtbar zu machen und zu bekämpfen. Auch hier versuchten westliche

Medien das zugrundeliegende dekoloniale Paradigma der Protestbewegung zu vertuschen und auf Umweltschutz zu reduzieren[1]. Die in diesem Kontext entstandenen dekolonialen Dynamiken konnten sich in vielen Bewegungen festsetzen und Menschen auf der gesamten Welt empowern und motivieren.

Welche Lehren können wir Schwarze, Indigene, People of Colour hieraus ziehen? Welche Erkenntnisse können wir nutzen? Erstens kann uns das Bewusstsein, dass wir überall auf unserem Planeten Verbündete finden, mit denen wir gemeinsam erfolgreicher gegen Kolonialitäten vorgehen können, entschieden im Prozess der Dekolonisierung stärken. Zweitens kann die Spaltungsenergie, die immer schon eine Grundstrategie und ein Erfolgsfaktor des Kolonialismus war, nun dadurch überwunden werden, dass alle verschiedenen lokalen Protestbewegungen des Globalen Südens sich bewusster sind, dass es in ihrem Kampf im Kern um nichts anderes geht als um Dekolonisierung. Drittens lässt sich diese Dynamik nun leichter für die Verschränkung isolierter dekolonialer Diskurse nutzen, die bisher voneinander getrennt stattfanden. Viertens führt die Kontextualisierung von Kolonialismus und Rassismus und weiterer Diskriminierungsformen eher dazu, entsprechende Machtstrukturen sichtbarer zu machen und diese besser für ihre Dekonstruktion zu nutzen.

Die Tatsache, dass der Tod von Queen Elizabeth II. und der Krieg in der Ukraine nun in Diskurskreisen des Globalen Südens aus dekolonialer Perspektive diskutiert und von dort aus von westlichen Mainstream-Medien aufgegriffen wurden, kann ein Hinweis darauf sein, dass sich Globale-Süd-Perspektiven stärker als bisher ihren Platz im weltweiten Kampf gegen Kolonialitäten etablieren konnten. Besonders für diasporische Menschen in der westlichen Welt bedeutet dies, dass sie ausgestreckte Hände aus dem Globalen Süden stärker als bisher ergreifen können, um ihren Kampf gegen Kolonialitäten in Zukunft erfolgreicher zu führen.

[1] https://www.deutschlandfunk.de/proteste-gegen-oel-pipeline-donald-trump-und-die-sioux-100.html

Interview mit Professor Kum'a Ndumbe zur Arbeit von AfricAvenir[2]

DECOLONIZE BERLIN: *Schön, dass Sie zu uns gefunden haben. Zunächst möchten wir Sie fragen, wie es zur Gründung von AfricAvenir kam und wofür der Verein steht?*

PROF. NDUMBE: Zunächst einmal ich bin sehr angetan von all den Entwicklungen in Berlin, die ich wahrnehme. Veränderungsprozesse erfordern viel Mut und ich sehe, dass viele Organisationen hier diesen Mut aufbringen. Ich habe in meinem Leben sehr früh erkannt, dass es große Widersprüche gibt zwischen dem Bild Afrikas und den Realitäten. Was in den Schulen und Universitäten gelehrt wurde, entsprach nicht der Wirklichkeit. Ich habe die Grundschule in Kamerun besucht und dann das Gymnasium in München. Anschließend habe ich in Lyon studiert. All diese Institutionen hatten einen eurozentristischen Blick. Auch ich selbst wurde in gewisser Weise europäisiert, aber ich blieb doch im Herzen Afrikaner. Wegen all dieser Widersprüche entschied ich 1985, dass ich etwas unternehmen muss. Damals war ich Präsident des Schriftsteller*innenverbands in Kamerun und wir trafen uns mindestens einmal im Jahr mit dem Kultusministerium. Durch chinesische Investoren wurde damals ein Gebäude für kulturelle Veranstaltungen in Yaoundé gebaut und wir baten das Ministerium um Zugang. Der verantwortliche Minister forderte dafür eine Gegenleistung vom Schriftsteller*innenverband – eine positive Berichterstattung unsererseits über den Präsidenten. Ich sagte ihm, wer den Präsidenten loben wolle, könne dies tun, aber als Verband seien wir unabhängig. So lehnte er unsere Anfrage ab. Daraufhin entschloss ich mich, selbst solch einen Ort des Austausches, der Diskussion und ohne Zensur zu schaffen. Auch einen Verlag haben wir gegründet. Der Kolonialismus wurde getragen von europäischen Denker*innen, deren Gedanken die Politik umsetzte. Deshalb braucht eine Dekolonisierung Denker*innen, die ein Umdenken vorantreiben. Bis heute haben wir über 400 Autor*innen veröffentlicht. Das mag nicht nach viel klingen, doch diese Produktion von Gedanken, frei von der Zensur, ist immens wichtig.

DECOLONIZE BERLIN: *Welcher praktische Nutzen liegt im Wissen? Können Sie uns ein Beispiel nennen?*

PROF. NDUMBE: Auch im Hinblick auf die Restitutionsforschung ist dieses Wissen sehr wichtig. Aus den Texten der Kolonialherren geht klar hervor, dass es darum ging, den Menschen ihr Gedächtnis zu nehmen – sie zu einem leeren Fass zu machen, um es dann mit europäischem Wissen zu füllen. So verloren wir alle Bezugspunkte zu uns selbst. Auch die Museumsgeschichte Europas ist klar in diesem Geist entstanden. Ziel war es, die eroberten Objekte auszustellen. Restitution bedeutet mehr als Rückgabe – es bedeutet, das kollektive Gedächtnis der Menschen wiederherzustellen. Oft wird von Kunstobjekten gesprochen, doch sind dies Ritualobjekte, Herrschaftsobjekte – Objekte, zu denen einen tiefe Beziehung besteht.

[2] Diese Version des Interviews ist stark gekürzt. Auf unserer Homepage findet Ihr eine ausführlichere Version. Weitere Informationen zu der Arbeit von Afric Avenir findet ihr auf ihrer Homepage:
https://www.africavenir.org/de.html
https://decolonize-berlin.de/

Interview mit Mnyaka Sururu Mboro und Sarah Imani zur Ausstellung 'Marejesho'[3]

Fotos: Konradin Kunze

Mnyaka Sururu Mboro und Sarah Imani setzen sich seit langem in Berlin und darüber hinaus für eine Dekolonisierung der Gesellschaft(en) ein. Zusammen mit Flinn Works, Berlin Postkolonial und der Old Moshi Cultural Tourism Enterprise haben sie die Ausstellung ‚Marejesho' nach Tansania gebracht.

DECOLONIZE BERLIN: *Ihr seid dieses Jahr nach Tansania gereist. Was war der Anlass dieser Reise und Eure Motivation?*

SARAH IMANI: Das *European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)* arbeitet seit geraumer Zeit zu dem Thema Reparationen[4] und beschäftigt sich in diesem Zusammenhang auch mit der Restitution von Raubkunst[5], aber vor allem mit Rückgabeforderungen von menschlichen Gebeinen/Ancestors[6]. Wir streben an, diese Themen aus der Ecke rein zwischenstaatlicher Diplomatie und Politik zu befreien und plädieren dafür, dass diese Fragen eben auch Rechtsfragen sind.

Bei der Umsetzung dieser Aufgaben hatten wir das Glück, auf die wichtige Arbeit von Berlin Postkolonial und Flinn Works zu stoßen. Die von Flinn Works in Tansania kuratierte Ausstellung *„Marejesho"* bot den perfekten Anlass für uns, die Region und ihre Menschen, denen diese Rechte zur Rückführung ihrer Ahnen/verstorbenen Angehörigen zustehen, kennenzulernen und unsere Arbeit vorzustellen sowie mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Eines jeden Menschenwürde, auch nach dem Tod, ist unveräußerlich und unverhandelbar.

MNYAKA SURURU MBORO: Das Wort *„Marejesho"* ist Kiswahili und bedeutet „zurückbringen". Es geht um die menschlichen Gebeine und Kulturobjekte, die hier in Berlin sind. Sie wurden während der Kolonialzeit geraubt und hierhergeschleppt. Seit vielen Jahren bemühe ich mich um die Rückführung. Endlich war es so weit, dass Zugeständnisse zur Rückgabe von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gemacht wurden. Doch dann hieß es plötzlich, es sei praktisch unmöglich, denn es fehlten die Informationen, zu wem und wohin die Gebeine zurückgebracht werden sollten. Uns geht es darum, die Menschen vor Ort bei der Rückführung zu unterstützen und sie gleichzeitig als Expert*innen ihrer eigenen Ahnengeschichte zu befragen.

Die Geschichte hinter dem Raub dieser Körper- und Kulturobjekte muss vor Ort erforscht werden. Um die Menschen zu mobilisieren, haben wir zusammen mit dem GRASSI-Museum in Leipzig eine mobile Ausstellung konzipiert. Dort sind Fotos von dreihundert aus der Gegend des Kilimandscharo geraubten Ausstellungsstücken zu sehen. Gleichzeitig haben wir in einer Videoschleife die Geschichte Mangi Melis gezeigt, welcher von deutschen Kolonialisten hingerichtet und dessen Kopf nach Berlin verschleppt wurde. Das war das Ziel und die Menschen vor Ort müssen davon erfahren.

[3] Diese Version des Interviews ist stark gekürzt. Auf unserer Homepage findet Ihr eine ausführlichere Version. https://decolonize-berlin.de/

[4] https://www.ecchr.eu/en/case/colonial-repercussions-germany-and-namibia/

[5] https://www.ecchr.eu/en/topic/colonial-looted-art/

[6] https://www.ecchr.eu/en/case/human-remains-ancestors/

Decolonize Education

Fotos: Berlin [WikiCommons– A.Savin], Fés [WikiCommons– M.Salhi], Timbuktu [WikiCommons – F.P.M van der Kraaij]

Bildung und Wissenschaft – Kernbereiche dekolonialer Veränderungsprozesse

Decolonize Berlin

„Jeder hat das Recht auf Bildung“, lautet der erste Satz des Artikels 26 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Demnach steht Bildung als Menschenrecht allen Menschen zu, allein, weil sie Menschen sind. In Artikel 26 (2) heißt es weiter, dass Bildung frei von Diskriminierung gewährleistet sein muss. Zugleich ist Bildung essenziell, um sich gegen Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeiten, wie zum Beispiel Diskriminierung, erheben, ermächtigen und emanzipieren zu können. Doch wie kann all dies gelingen, wenn das System, das Bildung vermittelt, sich in der Kolonialzeit herausgebildet hat und bis heute Diskriminierungen reproduziert?

In dem von der Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit bei Decolonize Berlin organisierten zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozess hat die Betrachtung des Bildungsbereichs von der Kita bis zur Universität eine zentrale Rolle gespielt (siehe Forderungen auf Seite 26). In unserer Publikation „Was weiß denn ich? Erziehung, Bildung und Bildungsinstitutionen in antikolonialer Kritik“ und bei der begleitenden Netzwerkveranstaltung zur Veröffentlichung haben unsere Gutachter*innen die Notwendigkeit dekolonialer und rassismuskritischer Bildung aufgezeigt, ebenso Möglichkeiten der Transformation. Diese Veränderungen betreffen den Kern von Bildungsinstitutionen. Auch die Wissensbestände müssen einer macht- und rassismuskritischen Prüfung unterzogen werden. Das Gutachten von Kamady Fofana und Nadine Golly ist ein Beleg für die Relevanz der Auseinandersetzung mit Diskriminierung. Angesichts der Ergebnisse zeigt es Möglichkeiten zur Machbarkeit von verpflichtenden rassismuskritischen Modulen in der universitären Lehrkräfteausbildung an Berliner Hochschulen auf.

Maßnahmen, die im Partizipationsprozess zum Thema Schule genannt wurden, waren: die kolonial- und rassismuskritische Überarbeitung der Rahmenlehrpläne für die Berliner Schulen, nicht zuletzt in Geschichte, Geografie und Gesellschaftskunde, aber auch die Sichtbarmachung kolonialer Verflechtungen in allen anderen Unterrichtsfächern wie auch in Naturwissenschaften, Ethik, Religion. Eine weitere Forderung: die dekoloniale und intersektionale Überarbeitung des Berliner „Handlungsrahmens Schulqualität (BE)“ gemeinsam mit Schwarzen und von Diskriminierung betroffenen Wissenschaftler*innen sowie die dekoloniale Evaluation und Überarbeitung der Schulinspektionen. Es müssen Empowerment-Angebote für von Diskriminierungen und Rassismen betroffene Lehrkräfte geschaffen werden. Im Umgang mit Diskriminierungsvorfällen braucht es eine tragfähige Beschwerdestruktur im Bildungsbereich. Weitere Maßnahmen sind Weiter- und Fortbildung, die Ausstattung der Berliner Bibliotheken, die Gestaltung des öffentlichen Raums, die Förderung machtkritischer Strukturen oder auch macht- und rassismuskritischer Projekte sowie Medienkompetenz von Organisationen und Institutionen in der Bildung.

Handeln statt reden: Decolonize School!

Kamady Fofana

Bereits vor über 25 Jahren hat das höchste bildungspolitische Entscheidungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, die Kultusministerkonferenz (KMK), einen Kampf der Schulen gegen Diskriminierung eingefordert.[7] Seitdem ist in der Lehrkräfteausbildung der meisten Bundesländer leider wenig geschehen, um diese Forderung einzulösen. Rassismuskritische Inhalte sind noch immer nicht in den von der KMK formulierten Standards für die Lehrer*innenbildung enthalten und werden in keinem Bundesland konkret von der Bildungspolitik in der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten und pädagogischen Hochschulen verlangt. Da eine fehlende rassismuskritische Professionskompetenz nicht nur die Chancengleichheit für die benachteiligten Schüler*innen untergräbt, sondern auch weitere negative gesamtgesellschaftliche Auswirkungen hat, muss dieser Missstand dringend behoben werden und Rassismuskritik als essenzieller Teil der Lehrkräfteausbildung und von Schule allgemein anerkannt werden.

Verschiedene veröffentlichte Studien der vergangenen Jahre kommen zu dem Ergebnis, dass rassistische Diskriminierungen in der Schule keine Seltenheit sind. Im 2012 veröffentlichten Integrationsbarometer gaben 23,7% der Menschen mit Migrationshintergrund an, in der Schule diskriminiert zu werden bzw. worden zu sein.[8] Im *Afrozensus*, einer im Jahr 2021 veröffentlichten quantitativ und qualitativ repräsentativen Befragung afrikanischer und afrodiasporischer, in Deutschland lebender Menschen zu ihrer Lebensrealität und ihren Rassismuserfahrungen, gaben bei einer Stichprobe von etwa 1.800 befragten Personen 54% an, schon einmal von Lehrpersonal rassistisch beleidigt worden zu sein. 66,6% berichteten, bereits durch ihre Mitschüler*innen oder Kommiliton*innen rassistischer Diskriminierung ausgesetzt gewesen zu sein und wiederum 67,6% der Befragten gaben bei einer Stichprobe von 1.573 Personen an, aufgrund von rassistischen Zuschreibungen bei gleicher Leistung schlechter bewertet zu werden als nicht-Schwarze Mitschüler*innen und Kommiliton*innen.[9]

Diese Ergebnisse decken sich teilweise mit wissenschaftlichen Untersuchungen, die eine Benachteiligung von migrantisierten Menschen im deutschen Bildungssystem bestätigen konnten. So konnte beispielsweise belegt werden, dass migrantisierte Kinder trotz gleicher Leistung wie nicht-migrantisch gelesene Kinder deutlich seltener eine Gymnasialempfehlung bekommen.[10] Eine 2018 veröffentlichte Studie untersuchte, inwiefern ein türkischer Schüler*innenname die Benotung eines Diktates im Vergleich zu einem deutschen Schüler*innenname beeinflusst.[11] Die Versuchsgruppe von 203 Lehramtsstudierenden bewertete das Diktat des vermeintlich türkischen Schülers „Murat" im Durchschnitt signifikant schlechter als das identische Diktat des deutsch gelesenen „Max". Ebenfalls konnte nachgewiesen werden, dass Schüler*innen mit Migrationshintergrund im vermeintlich objektiv bewertbaren Fach Mathematik benachteiligt werden.[12] Dazu untersuchten die Wissenschaftler*innen Daten von 1.487 Gymnasiast*innen und deren 56 Lehrkräften zu fünf Messzeitpunkten. Die migrantisch gelesenen Schüler*innen bekamen unter Kontrolle von Leistungen in standardisierten Tests signifikant schlechtere Zeugnis- und Klassenarbeitsnoten (vgl. Bonefeld et. al. 2017).

Diese Fakten belegen also, dass es höchste Zeit ist, das politische Wunschdenken vom schulischen Kampf gegen Rassismus in die Realität umzusetzen, indem (angehende) Lehrkräfte professionell und verpflichtend im Umgang mit Rassismus und weiteren Diskriminierungsformen geschult und vor allem auch für eigene, kolonial geprägte Vorurteile sensibilisiert werden.

7 Kultusministerkonferenz (Hrsg.) 2013: **Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule.** Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25.10.1996 i. d. F. vom 05.12.2013.

8 SVR: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2012): **Jahresgutachten mit Integrationsbarometer.** http://www.svr-migration.de/publikationen/jahresgutachten-2012-mit-integrationsbarometer/ (zuletzt abgerufen am 16.09.2022).

9 Aikins, Muna AnNisa; Bremberger, Teresa; Aikins, Joshua Kwesi; Gyamerah, Daniel; Yıldırım-Caliman, Deniz (2021): **Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland,** Berlin. http://www.afrozensus.de (zuletzt abgerufen am 16.09.2022).

10 Jennessen, S., Kastirke, N., Kotthaus, J. (2013): **Diskriminierung im vorschulischen und schulischen Bereich: Eine sozial und erziehungswissenschaftliche Bestandsaufnahme.** Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

11 Bonefeld M. & Dickhäuser O. (2018). **(Biased) Grading of Students' Performance: Students' Names, Performance Level, and Implicit Attitudes.** Front. Psychol. 9:481. doi: 10.3389/fpsyg.2018.00481.

12 Bonefeld, M., Dickhäuser, O., Janke, S., Praetorius, A.-K., Dresel, M. (2017): **Migrationsbedingte Disparitäten in der Notenvergabe nach dem Übergang auf das Gymnasium.** Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie 49 (2017) 1, S. 11-23

Forderungen & Maßnahmen: Bildung und Wissenschaft

- Schluss mit der Marginalisierung des Wissens ehemals kolonisierter Menschen
- Recht auf rassismus- und diskriminierungsfreie Bildung
- Machtkritische (Aus-)Bildung stärken
- Diversifizierungsprozesse in Institutionen stärker vorantreiben

Maßnahmen zu Bildung	GEGENSEITIGE WECHSELWIRKUNG	Maßnahmen zu Wissenschaft
Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehrmaterialien zur Kolonialgeschichte; Rassismus-sensible Überarbeitung des Berliner Bildungsprogramms	< >	Aufarbeitung der Kolonialgeschichte von Wissenschaftsinstitutionen sowie kolonialen Bezügen wissenschaftlicher Disziplinen
Gründung einer Akademie für Diversitätsbildung; verpflichtende Module zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus in Erzieher*innen- & Lehrer*innenausbildung	< >	Schaffung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung zu Rassismus
Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle für diskriminierende Erfahrungen sowie rassistische Inhalte und stereotype Darstellungen in Unterrichtsmaterialien & -büchern	< >	Lehrstuhl Black Studies; Lehrangebote zu Black Studies & Postkolonialen Studien in anderen Studienzweigen
Diversifizierung von Fachkräften in Schlüsselpositionen über Mentoringprogramme; Förderung rassismuskritischer Organisationsentwicklung für Schulen & außerschulische Bildungsträger	< >	Stärkung & Förderung von Demokratisierungsprozessen an Universitäten = mehr Mitbestimmung aller Statusgruppen
mehr Schulkooperationen mit dem Globalen Süden	< >	mehr Hochschulkooperationen mit dem Globalen Süden

„Decolonize University“

„Forschungsreisende“ im Kolonialismus haben eine koloniale Realität konstruiert und eurozentristische Maßstäbe als Norm gesetzt. Wissenschaftsinstitutionen haben eine zentrale Rolle bei der Konstruktion von „Rasse“ als gesellschaftliches Prinzip gespielt. Dabei diente Rassismus als Legitimation für die Herrschaft von *weißen* Menschen und die Ausbeutung, den Ausschluss und die Ungleichbehandlung gegenüber den ihnen vermeintlich unterlegenen Menschen anderer Hautfarbe. Dr. Akiiki Babyesiza verdeutlicht in ihrem Gutachten die Verwobenheit von Wissenschaft und Kolonialismus. Oder wie Anne-Kathrin Horstmann es ausdrückt: „‘Wissen‘ spielte im kolonialen Diskurs eine große Rolle. Denn wer erobern will, benötigt Informationen. Somit sind Errichtung und Aufrechterhaltung von kolonialer Herrschaft eng mit der Aneignung und Verarbeitung, aber auch mit der Instrumentalisierung und Manipulation von Wissen verbunden.“[13] So schlussfolgert Dr. Babyesiza auch in ihrem Gutachten: „Kolonialrassismus und die Idee der *weißen* Vorherrschaft gingen der deutschen Kolonialzeit voraus und überdauern sie bis in die heutige Zeit.“[14]

Im Land Berlin gibt es vier Universitäten, vier Kunsthochschulen, sieben Fachhochschulen und 25 staatlich anerkannte private Hochschulen.[15] An ihnen studieren über 250.000 Menschen[16]. Um die *weiße* Vorherrschaft im Hochschulsystem aufzubrechen, wie von Dr. Babyesiza aufgezeigt, braucht es in allen Bereichen rassismus- und machtkritische Strukturen, die systematisch etabliert werden, ob in der Lehre, der Verwaltung, der Förderung, dem Umgang mit menschlichen Überresten, die sich weiterhin in Lehreinrichtungen befinden und vielem mehr.

Die Konzepte der Wissenserzeugung und Vermittlung sind nach wie vor patriarchal, *weiß* und klassistisch geprägt. Dabei gibt es in der Geschichte und Gegenwart der Hochschulen durchaus gute Beispiele, die aufzeigen, dass sie nicht lediglich Orte der frontalen Wissensvermittlung und des Konkurrenz- und Leistungsdrucks sein müssen, sondern vielmehr ganzheitliche Räume der Bildung, des Austausches sowie des kulturellen und sozialen Lebens sein können. Dies zeichnete bereits die ersten Universitäten in Timbuktu (Mali) und Fès (Marokko) aus, wobei letztere, die Universität al-Qarawīyīn, 859 von einer Schwarzen, muslimischen Frau gegründet wurde. Diese Geschichte zu benennen und aufzuzeigen, schafft sogenannte Performanzangebote für nicht *weiße* Menschen – d. h. Identifizierungsangebote, in denen Menschen sich als Teil der Gesellschaft verorten können. Diese und andere Maßnahmen der Inklusion erhalten besondere Wichtigkeit in Deutschland und Berlin, da der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft in kaum einem anderen europäischen Land so gravierend ist.

Gemeinsam mit unserem Arbeitskreis Bildung und dem EmpA-Projekt[17] der Alice Salomon Hochschule führten wir zwei Veranstaltungen namens *„Decolonize University“* durch. Sie zielten darauf ab, Schwarze und andere marginalisierte Menschen im Universitäts- und Hochschulbetrieb zu empowern und zu vernetzen und gemeinsame Analysen und Veränderungsmöglichkeiten dekolonialer Perspektiven zu schaffen. Im Folgenden kommen verschiedene Stimmen zu Wort, die sowohl ihre theoretischen Überlegungen als auch ihre praktischen Erfahrungen aus diesem Bereich mit uns teilen.

[13] Horstmann, Anne-Kathrin (2007): Wissenschaftlicher Kolonialismus zwischen Theorie und Praxis: Die Ostafrika-Expedition der Kölner Handelshochschule 1908. In: Marilena Thanassoula, Kathrin Kolossa, Claudia Baasner, Peter André Rodekuhr, Marc Seifert, Nico Nassenstein, Anne-Kathrin Horstmann, Christoph Vogel, Larissa-Diana Fuhrmann (Hrsg.): Beiträge zur 2. Kölner Afrikawissenschaftlichen Nachwuchstagung (KANT II), Köln: Universität Köln, S. 4

[14] Babyesiza, Akiiki (2022): Die koloniale Vergangenheit von Institutionen und Akteur*innen der Berliner Hochschul- und Wissenschaftslandschaft – Eine systematische Bestandsaufnahme In: Was weiß denn ich? Erziehung, Bildung und Bildungsinstitutionen in antikolonialer Kritik – Drei Gutachten, Hrsg.: Decolonize Berlin, Berlin, S.83

[15] https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/einrichtungen/hochschulen/private-hochschulen/

[16] https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/einrichtungen/hochschulen/

[17] https://www.ash-berlin.eu/studium/empa-antirassismus-und-empowerment/

„Decolonizing the University“

Über die voraussetzungsvolle Aufgabe, “dekoloniale Kompetenz“ zu institutionalisieren.

Maisha M. Auma

Für eine hyperdiverse, postmigrantische und postkoloniale Metropole wie Berlin stellen Wissensressourcen der intersektionalen Rassismuskritik und der intersektionalen Sexismuskritik wichtige Grundlagen für eine gerechten Gestaltung von Gesellschaft dar. Diese Wissensbestände müssen konsequent kolonialismuskritisch perspektiviert werden, d. h. sie müssen eingebettet werden in eine Kritik kolonialgeprägter geo- und körperpolitischer Marginalisierungen. Die Institution Universität spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Die Universität ist einerseits ein Ort des machtdurchzogenen Zusammenlebens. Sie bedarf der (dekolonialen) Kritik, weil sie kolonialgeprägte Ausbeutungsverhältnisse und Ungerechtigkeiten institutionalisiert hat. Sie ist aber andererseits ein Ort, mit dem Hoffnungen auf Dekolonisierung verbunden werden. Vor allem negativ von Kolonialität betroffene Wissenschaftler*innen und Communities verbinden mit ihr die Hoffnung, Dekolonialität und dekoloniale Kompetenz schrittweise über eine Restrukturierung des Curriculums oder über die Etablierung von intersektional-rassismuskritischen Wissenschaftsfeldern wie *Intersectional Black Studies* institutionalisieren zu können.

1 Kritik an kolonialgeprägten Privilegien der Universität:

Die Universität überhöht systematisch die Handlungen bürgerlicher, meist männlicher, meist heterosexueller, meist *weißer* Personen, die geopolitisch als aus dem Westen stammend positioniert sind (Andreotti et. al., 2015).[18] Nicht zuletzt deswegen werden die Bilder, d. h. Portraits, dieser Demographie ehrenvoll an der Universität ausgestellt. Es werden mit Geld dotierte Auszeichnungen (Wissenschaftspreise) vergeben. Gleichzeitig findet eine implizite Abwertung anderer beteiligter Gruppen statt, deren Arbeitskraft unerlässliche Dienste für das Funktionieren dieser wichtigen Institutionen leistet. Hierbei sind in erster Linie die Reinigungskräfte, die Sicherheitskräfte, das Personal in der Mensa (Köch*innen, Servierer*innen und Kassierer*innen) gemeint. Ihre Portraits werden nicht ehrenvoll ausgestellt. Es gibt für diese Gruppen keine Auszeichnungen (keine Technik-, Hygiene- oder Bewirtungspreise). Die Angehörigen dieser Gruppen besitzen aber zu jeder Zeit wichtiges Wissen über die Institutionen (Ndlovu-Gatsheni,

2018).[19] Auch sie haben Kritik daran oder Ideen zu ihrer Weiterentwicklung.

Ich möchte das an einem konkreten Beispiel erläutern:

Am 13. Juni 2016 zerschlug Corey Menafee, ein 38jähriger Schwarzer Angestellter in einer Cafeteria, ein Mosaikfenster mit einem Besen. Sein intervenierendes Handeln fand an seinem Arbeitsplatz, in einem Speisesaal der renommierten Yale University (New Haven, USA) statt. Cory Menafee arbeitete zu diesem Zeitpunkt bereits seit neun Jahren an dieser Universität. Das ‚dekorative' Fenster welches er zerschlug, zeigte eine Idealisierung von Versklavung (Waldmann, 2016). Darauf abgebildet waren Schwarze versklavte Menschen, die scheinbar zufrieden Baumwolle pflückten. Cory Menafee wurde festgenommen und angeklagt, während ihn gleichzeitig eine große Welle der Solidarität erfasste. Menafees Intervention kann als eine Kritik an der Ent-Normalisierung und Dehumanisierung Schwarzer Körper verstanden werden, also von Körpern derjenigen Subjekte, die negativ von Kolonialität betroffen sind. Die Körper der negativ von Kolonialität getroffenen Menschen werden dehumanisierend als auszubeutende Dienende zur Schau gestellt. Menafees Intervention kann somit auch als Kritik an einer weißzentrischen Körperpolitik verstanden werden. Sein widerständiger Blick erträgt offenbar die symbolische Demütigung Schwarzer Arbeitskraft nicht länger. Seine Zerstörung (shattering) des dekorativen Fensters mithilfe eines banalen Arbeitsgegenstands (eines Besens) stellt insofern auch ein nachträgliches Sorgetragen für diejenige dar, deren Arbeitskraft für den profitablen Baumwollhandel ausgebeutet wurde. Menafees Tat gilt insofern als ein symbolisches Herausreißen bzw. die Befreiung aus einem engenden Rahmen. (Brighenti und Yaffe-Bellany, 2016)[20]

Ich möchte Menafees Handeln als Ausdruck seiner Not, als systematisch dehumanisiertes Subjekt verstehen. Ich heiße nicht gut, dass er einen „Wertgegenstand" zerstört hat. Es gibt auf dieses Dilemma keine einfache Antwort! Aber wir können etwas daraus lernen. Darauf richte ich meine Aufmerksamkeit. Was kann die Institution Universität aus dieser Eskalation lernen? Ich lerne, dass es jederzeit möglich ist, aus allen in der Institution vorhandenen Positionen/Perspektiven (auch den entwerteten) anti-/post-/dekoloniale Institutionsreflexion anzustoßen.

2 Dekoloniale Kompetenz normalisieren:

Gerade für rassismuserfahrene Subjekte ist es wichtig zu verstehen, wie Kolonialität die eigenen Lebensmöglichkeiten in allen Teilsystemen der Gesellschaft einschränkt. Es ist wichtig, auf der Grundlage dieser Analysearbeit dekoloniale Strategien zu entwerfen, um koloniale Privilegienstrukturen zu kritisieren und in Bewegung zu bringen. Ein bedeutender Schritt in diese Richtung wäre es, eine multiperspektivische Betrachtung der Institution Universität zu normalisieren. Was sagen die Reinigungskräfte zu Ungleichheiten, Ausbeutung, Gerechtigkeit und Solidarität an der Institution Universität? Wie können Auszeichnungen gerechter umverteilt oder die Dotierung der Wissenschaftspreise bspw. halbiert werden, um Technik-, Hygiene- oder Bewirtungspreise auszuloben? Existieren vielleicht Institutionen, die eine solche dekolonial orientierte Verteilungsgerechtigkeit bereits praktizieren?

[18] Andreotti, Vanessa de Olivera; Stein, Sharon; Ahenakew, Cash; Hunt, Dallas (2015): *"Mapping Interpretations of Decolonization in the Context of Higher Education"*. In: *Decolonization: Indigeneity, Education & Society*, Vol. 4, No. 1, 2015, pp. 21-40. Online: http://representing-education.gertrudecotter.info/wp-content/uploads/2016/08/andreotti-stein-ahenakew-hunt-decolonization.pdf

[19] Ndlovu-Gatsheni, Sabelo J. (2018): *The Dynamics of Epistemological Decolonisation in the 21st Century: Towards Epistemic Freedom. In: Strategic Review of Southern Africa*, Vol 40 (1), May 2018, Online: https://www.up.ac.za/media/shared/85/Strategic%20Review/vol%2040(1)/Ndlovu-Gatsheni.pdf

[20] Brighenti, Daniela and Yaffe-Bellany, David (2016): *Crowd Cries "Free Corey!"; Case Continued*. Online: https://www.newhavenindependent.org/index.php/article/menafee_court/

„Decolonize University" – ein Beitrag der Black Student Union an der Humboldt-Universität zu Berlin

Naima Moiasse Maungue und hn. Iyonga

Die Universität zu dekolonisieren ist ein paradoxes Unterfangen. Was bedeutet es, einen Ort zu dekolonisieren, dessen Existenz tief verwurzelt ist in deutscher Kolonialgeschichte? Und ist dieses Bestreben überhaupt umsetzbar?

Bevor wir diese Fragen beantworten können, müssen wir zunächst definieren, was „Dekolonisierung" eigentlich bedeutet. Der Begriff wird oft als leeres Schlagwort verwendet. Für uns ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, dass wir uns über seine zahlreichen Implikationen im Klaren sind. Für uns bedeutet Dekolonisierung, eine neue Welt zu gestalten. Es geht darum, das Koloniale aus dem Weg zu räumen und über Bord zu werfen, während wir uns mit Fragen über den Kolonialismus und seine Auswirkungen auseinandersetzen und darüber, wie er weiterhin im Mittelpunkt der institutionalisierten Praktiken an Universitäten, in Museen usw. steht. An Universitäten wird gelehrt und das Bewusstsein geformt. Doch die Inhalte der Lehre werden bestimmt von einer eurozentrischen Perspektive, die nicht für Veränderungen oder Offenheit gegenüber anderen Wissensformen geeignet ist. Es entsteht ein Machtgefälle, in dem nur eine bestimmte Form der Wissensproduktion auch als wissenschaftlich gilt, während anderes Wissen grundsätzlich als weniger relevant gilt. Dies ist eine Praxis, die auch heute noch zur Hegemonie einer bestimmten, eurozentrischen Art der Wissenschaft führt.

Wir haben uns 2021 gegründet mit dem Ziel, Schwarze Studierende zu schützen. Universitäten sind durch ihre Limitationen der Zugänglichkeit auch heute noch mehrheitlich *weiße* Orte, an denen BIPoC-Studierende marginalisiert werden. Schwarze Studierende sind oft mit Rassismen konfrontiert und werden in die Position gedrängt,

ihre Mitstudierenden oder gar Lehrende aufzuklären, während sie emotionale Arbeit leisten und tägliche Mikroaggressionen ertragen müssen. Dies führt dazu, dass viele BIPoC-Studierende ihr Studium abbrechen.

Unser Motto lautet „*We Deserve to Hold Space*" – wir verdienen es, Raum einzunehmen, denn wir sind Teil der Gesellschaft und fordern Partizipation.

Als Black Student Union (BSU) an der Humboldt-Universität stellen wir folgende Forderungen: Die Universitäten müssen ihre Deutungshoheit in der Wissensproduktion hinterfragen und ihre strukturellen Probleme sowie die aktuellen Diskurse zu Dekolonisierung und Antirassismus anerkennen. Wir fordern eine bessere und leichter zugängliche Bildung. Schwarze Studierende beispielsweise, die vor der Ukraine-Krise fliehen, haben im Vergleich zu ihren nicht-Schwarzen Kommiliton*innen nur erschwerten Zugang zu Bildung und Unterstützung. Diese Missstände aufzuzeigen, zu beseitigen und Lösungen zu finden, ist ein Kernpunkt unserer Arbeit.

Es ist jedoch auch ein Anliegen, an der Universität einen Ort für Austausch und Schutz für Schwarze Studierende zu schaffen. Auch unsere safer spaces sind ein essentieller Teil unserer dekolonialer Arbeit.

Die Universität zu dekolonisieren, bedeutet für uns also: Raum einnehmen, Räume schaffen und auf Missstände aufmerksam machen. Es ist ein großes Unterfangen, aber gemeinsam ist es machbar.

Berliner Universitäten müssen endlich an die Arbeit von antikolonialen Aktivist*innen, Historiker*innen, Ethnolog*innen, Initiativen wie der ISD (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland), Decolonize Berlin, Berlin Postkolonial, BARAZANI.berlin etc. anknüpfen, die sich weiterhin für einen radikalen Wandel einsetzen, der ein neues Bewusstsein schafft.

Um mehr über unsere Arbeit zu erfahren, schaut auf unsere Webseite:
https://bsuhu.wordpress.com/
oder besucht uns auf Instagram
@bsu_hu

Antirassismus-arbeit im *weißen* Raum

Und die kollektive Kraft ihn anders zu imaginieren

Verónica Arias

Während eines Workshops von Maria Galindo im September diesen Jahres in Berlin gab es eine Protestaktion, die u. a. die epistemische Gewalt[21] kritisierte. Einige Frauen, die meisten von ihnen Migrantinnen von dem Kontinent, welchen wir heute als (Latein)Amerika[22] kennen, schrien: „Wir sind nicht deine Doktorarbeit! Wir sind nicht deine Doktorarbeit!"[23]. Der Workshop fand im Rahmen des „Festifuneral"[24] statt, organisiert in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Maria Galindo wohnt in Bolivien und ist eine der wichtigsten Referentinnen der gegenwärtigen feministischen Bewegungen in Lateinamerika. In ihrer multidisziplinären Arbeit sieht sie keine Trennung von Theorie und Praxis. Ganz im Gegenteil, aus der Praxis, aus unserem Aktivismus wird alltäglich Wissen generiert, betonte sie. „Wir sind satt von Studentinnen der Freien Universität Berlin, die über indigene Frauen schreiben wollen", sagte sie wütend und kritisiert den „epistemischen Extraktivismus" der Universitäten im Globalen Norden.

Die Entkopplung von Theorie und Praxis, die Ausübung epistemischer Gewalt durch die Aneignung von Wissen und Erfahrungen und die übergeordnete Rolle westlichen Wissens und der Wissenssysteme mit ihrem Anspruch, wahr und objektiv zu sein, bei gleichzeitiger Abwertung anderen Wissens, gehört zu den zahlreichen Kritikpunkten[25] an der Institution *Universität*, welche geopolitisch zu betrachten sind. Global gesehen sind Universitäten durch einen eurozentrischen, epistemischen Kanon, wie es Achille Mbembe beschreibt, *"westernized". "The problem […] with this tradition is that it has become hegemonic."*[26]

Es sind jedoch nicht koloniale Strukturen, die sich an den Universitäten „eingeschlichen"

haben. Die Universität an sich ist ein koloniales Gebilde. Die Universität als Institution und die Wissenschaft, wie wir sie heute kennen, können nicht ohne Kolonialismus gedacht werden. Diese Verbindung ist ein Hauptargument der dekolonialen Theorie *o giro decolonial*[27] (dekoloniale Wendung). „Die Moderne" und der Kolonialismus werden als zwei Seiten derselben Medaille analysiert und ihre Auswirkungen sind im akademischen Umfeld deutlich zu beobachten: Sie bestimmen, wen wir lesen, wer uns lehrt, wer eingestellt wird, wer eine Professur innehat, wer publiziert und wen wir zitieren. Sie entscheidet auch über wissenschaftliche Anerkennung und Wertschätzung bis hin zur Glorifizierung. Wie Vanessa Thomson[28] verdeutlicht: die Universität diente und dient heutzutage immer noch der Produktion und Reproduktion von sozialen Ungleichheiten.

Die Hochschulen sind *weiße* Räume und mit diesem Wissen agieren und bewegen wir uns mit unseren rassifizierten Körpern darin.

Die Hochschulen sind *weiße* Räume

und mit diesem Wissen agieren

und bewegen wir uns mit

unseren rassifizierten Körpern darin.

[21] *d.h. Gewalt, die von herrschenden Wissenssystemen ausgeht*

[22] Quijano, Aníbal; Wallerstein, Immanuel (2014): *La Americanidad como concepto o América en el mundo moderno-sistema mundial.* In: Zulma Palermo und Pablo Quintero (Hg.): Aníbal Quijano. *Textos de fundación.* Buenos Aires, Argentina: *Ediciones del Signo (Colección El desprendimiento)*, S. 70–82.

[23] *eigene Übersetzungen aus dem Spanisch*

[24] *https://wzb.eu/de/news/postbinaeres-festifuneral (letzter Abruf 23.9.22)*

[25] vgl. Kuria, Emily Ngubia (2015): Eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen. Berlin: w_orten & meer

[26] *Mbembe 2016, S. 32f. / „Das Problem […] mit dieser Tradition ist, dass sie vorherrschend/ geworden ist" (frei übersetzt)* / Mbembe, Achille Joseph (2016): *Decolonizing the university: New directions. In: Arts & Humanities in Higher Education*, Vol. 15(1) S. 29–45

[27] *Vrgl Anibal Quijano, Walter Mignolo, Enrique Dussel, Zulma Palermo, Catherine Walsh.*

[28] Thompson, Vanessa E. (2021): Rassismus an der Hochschule. Intersektionale Verstrickungen und Möglichkeiten des Abolitionismus. In: Markus Baum, Julia Maria Breidung und Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft: Verlag Barbara Budrich, S. 131–149.

Antirassismus und Empowerment an der ASH

Foto: Von 44penguins (Angela M. Arnold) - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15789874

"Ich bin da!" erklärten Studierende der Alice Salomon Hochschule Berlin im Jahr 2019 und nahmen sich den Raum, um ihre Rassismuserfahrungen an der Institution mit einer Fotoausstellung, Vorträgen, Gedichten und Performances auszudrücken.

Derzeit sind es vor allem studentische Initiativen, die Ausschlüsse und Rassismen an Hochschulen hörbar und sichtbar aufzeigen und damit die Dekolonisierung der Universitäten auf die Agenda gesetzt haben (*#RhodesMustFall* oder *Why is my curriculum white*?)

In Deutschland gibt es kaum Forschungen über Rassismuserfahrungen an Hochschulen und eine Diskussion für die Anerkennung des Problems hat sich in der Mehrheitsgesellschaft noch nicht ergeben.[29] Nach wie vor gelten Universitäten in Deutschland, wie es Kien Nghi Ha ausdrückt, „noch als Orte der Aufklärung und der interkulturellen Weltoffenheit par excellence".[30]

Gegenüber dieser „aufgeklärten" Haltung machen wir als EmpA-Team andere Erfahrungen und hören Berichte von Schwarzen und Studierenden of Color über ungleiche Benotung bei glei-

cher Leistung, darüber, wie sie im Seminarraum ignoriert werden, über Ausgrenzungen bei der Gruppenarbeit und die generelle Stigmatisierung als „Andere“[31]. Diese Erfahrungen verursachen Stress, verbunden mit psychischen und physischen Belastungen, die das Lernen beeinträchtigen und nicht selten zum Studienabbruch führen. Hinzu kommt meistens eine Abwehrhaltung der *weißen* Dozierenden, wenn Schwarze und Studierende of Colour auf die Ausgrenzung hinweisen. Mitunter heißt es dann: Auf gar keinen Fall über Rassismus zu sprechen! Das sei ideologisch, parteilich und unsachlich.

Als Teil eines Bildungssystems, welches Ausschlüsse reproduziert, ist die ASH kein diskriminierungsfreier Raum. In Anlehnung an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) und das Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin (LADG) hat die ASH seit Ende 2021 eine Antidiskriminierungssatzung und ist damit eine der ersten Hochschulen, die eine Beschwerdestelle in Bezug auf Diskriminierung eingerichtet hat. Dies hätte nicht stattgefunden ohne das jahrelange Engagement vieler einzelnen Akteur*innen.

Die Strukturen, die an der ASH aufgebaut werden, auch wenn sie wichtig sind, finden innerhalb eines Diversity-Diskurses[32] statt. Angestrebt wird prinzipiell mehr „Inklusion“ und weniger Diskriminierung. Für viele von uns geht eine Antirassismusarbeit über Inklusion hinaus und erfordert eine tiefe strukturelle Transformation der Institution Hochschule. Wir wollen mehr als eine Inklusion, die nur einigen von uns *weiße* Privilegien sichert, während das globale Unterdrückungssystem bestehen bleibt.

Derzeit entwickelt sich in Deutschland zunehmend eine Diskussion über die Dekolonisierung der Hochschulen, die viele Fragen aufwirft.[33]

[29] Vgl. Prasad, Nivedita (2020): Rassismus als Realität in akademischen Bildungsinstitutionen. In: Tran, Tuan/ Steiner, Hubert (Hrsg.): reflect racism. Münster: Unrast Verlag, S. 153 – 166

[30] Ha, Kien Nghi (2016): Rassismus im Hörsaal – Ohren auf! In: bbz Berliner Bildungszeitschrift, Oktober 2016, S. 21–22.

[31] *Othering beschreibt den Prozess als nicht zugehörig markiert zu werden, Prasad 2020, S. 156*

[32] *Mehr über die Kritik dazu siehe Thompson 2021*

[33] Weitere verwendete Literatur: Ayten, Nuran; Vater, Purnima (2020): Rassismus in der Hochschule. BIPoC-Studierende geben Einblicke in ihre Seminarerfahrungen und Strategien. Masterarbeit, ASH, Berlin. / Gutiérrez-Rodríguez, Encarnación; Ha, Kien Nghi; Hutta, Jan; Ngubia Kessé, Emily; Laufenberg, Mike; Schmitt, Lars (2016): Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung. Debatte, Band 4, Heft 2/3, S. 161-190 / Palermo, Zulma (Hg.) (2017): *Des/decolonizar la universidad. Ediciones del Signo; Center for Global Studies and the Humanities Duke University,* Buenos Aires, Argentinien.

How to decolonize?[34]

Wir wissen es nicht.

Wir wissen es nicht und dennoch dekolonisieren wir allein durch unsere Anwesenheit.

Wir wissen, wie anstrengend und kräftezehrend es ist, als rassifizierte Körper in *weißen* Institutionen nach einem Abschluss zu streben.

Wir wissen, dass in einem wissenschaftlichen Betrieb, der mehr und mehr prekäre Arbeitsverhältnisse produziert, BIPoC noch seltener ihre akademischen Abschlüsse in gut bezahlte, möglichst unbefristete Arbeitsverhältnisse übersetzen können.

Wir wissen, dass wir uns vernetzen müssen, um im System zu bleiben.

Dass wir uns Wissen aneignen müssen, das uns empowert und sprechen lässt.

Dass wir selbst Hochschulpolitik betreiben müssen, um unsere Rechte zu genießen. Dass wir dafür noch immer wieder Briefe, Petitionen, Forderungen formulieren müssen.

Wir wissen, dass wir in dem derzeitigen kolonialen Rahmen solche Strategien ergreifen müssen, und wissen auch, dass wir uns ein anderes soziales Miteinander wünschen.

Wir imaginieren einen Lernraum ...

Wo unterschiedliche Zugänge zu Wissen und Wissens-produktion anerkannt werden.

Wo diverse Sprachen Platz haben.

Wo Lernen Spaß macht und nicht nur sprachlich und im Sitzen geschieht.

Einen Lernraum, der unsere Körper anerkennt.

Wo Bewegungen und andere Ausdrucksformen Teil unseres Lernens sind.

Einen Raum, wo Emotionen erlaubt sind.

Where I am allowed to fail.

Einen Raum ohne Hierarchie.

Wo ich mich sicher fühle.

Einen schönen Ort – mit Dachgarten und Gemüsebeet!

In Verbindung mit der Natur, mit ihrer Umgebung.

Wo es uns allen gut geht.

Einen Raum, um zu sein, einfach zu sein.

Wo wir alle keine Kategorien mehr brauchen, um über uns zu sprechen.

Die Hochschule wird solidarisch und sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst.

Sie wird weniger „international“, mehr lokal und in Verbindung mit ihrer Nachbarschaft.

Wir bleiben dran - *together to decolonize our bodies and our minds!*

[34] *Die meisten Gedanken bei diesem Absatz sind die Ergebnisse, das kollektive Wissen, aus der Kick-Off Veranstaltung „Decolonize University“ am 12.06.2022, organisiert von Decolonize Berlin in Zusammenarbeit mit EmpA*

Im Rahmen einer Kooperation mit der Grünbau gGmbH Dortmund setzten sich Jugendliche aus Dortmund in Berlin mit dem deutschem Kolonialismus auseinander. Empfangen und geleitet wurden sie dabei von unseren Mitgliedsvereinen, der Initative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), NARUD, AfricAvenir und dem Korea Verband.

Fotos: Decolonize Berlin

Decolonize the City

Foto: Tahir Della

Foto: Decolonize Berlin

Foto: Decolonize Berlin

Foto: Decolonize Berlin

Dekoloniale Erinnerungskultur

Warum sie im öffentlichen Raum besonders wichtig und prägend für das Stadtbild ist

Das Stadtbild ist der manifestierte Spiegel unserer Gesellschaft. In ihm erkennen sich die Menschen wieder oder eben nicht. Die Namen der Straßen, in denen die Menschen wohnen und aufwachsen und die sie passieren, sind identitätsstiftend. Gleiches gilt für die Plätze und Denkmäler, an denen die Menschen zusammenkommen, verweilen und gedenken. Die Elemente von Erinnerungskultur sind divers – Gedenksteine, Stolpersteine, Statuen, Gebäude, Räume in öffentlichen Bauten, Museen, Viertel, Parkanlagen, Friedhöfe, Namen von Schulen und Universitäten, aber auch Feiertage, Preisverleihungen und vieles mehr. Ihre inhaltliche Ausgestaltung ist jedoch noch immer monoton *weiß*, männlich und klassistisch dominiert. Dies wird in besonderem Maße deutlich in der Gestaltung des Humboldt Forums und der Museumsinsel. Die Art und Weise, wie die politischen Verantwortlichen mit der Kritik am Humboldt Forum und den Ausstellungsvorhaben im rekonstruierten Schloss der Kaiserzeit umgegangen sind, ist mit Blick auf die deutsche Kolonialvergangenheit bedauerlicherweise durchaus typisch – wird sie doch noch immer gern weitgehend vergessen und verdrängt. Das zeigt sehr deutlich die erinnerungspolitische Leerstelle und das Fehlen Schwarzer deutscher Geschichte mit all ihren Widerstandskämpfen sowie die oft ausbleibende Würdigung der Beiträge der von Kolonialrassismus betroffenen Communities für unsere Gesellschaft.[35]

Somit spiegeln sich im öffentlichen Raum Herrschaftsverhältnisse und gesellschaftliche Hierarchien wider. Eine diverse Gesellschaft bedarf einer breiten Erzählung von Gemeinschaft und sollte sich abwenden von Kolonialverbrecher*innen. Im Partizipationsprozess wurde die Erstellung und Umsetzung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes mit dezentralen Lern- und Erinnerungsorten sowie eines zentralen Gedenkortes mit breiter Beteiligung von Schwarzen, (post)migrantischen, afrodeut-

[35] vgl. hierzu den Radiobeitrag „Imperiale Träume auf der Berliner Museumsinsel – auf Sumpf gebaut“ von Lorenz Rollhäuser, Deutschlandfunk v. 28.06.22 - https://www.hoerspielundfeature.de/auf-sumpf-gebaut-100.html

schen, asiatisch-deutschen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gefordert. Die Koordinierungsstelle hat einen möglichen Partizipationsprozess für dieses Konzept im letzten Jahresbericht veröffentlicht. In diesem Jahr begann der Partizipationsprozess unter der Leitung von Dr. Ibou Diop und der Mitwirkung verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein zentraler Lern- und Erinnerungsort und dezentrale Orte in allen Berliner Bezirken entstehen, die insbesondere die Wirksamkeiten des Kolonialismus bis in die Gegenwart thematisieren. Eine wesentliche Rolle dabei spielen Benennungs- und Umbenennungsprozesse von Straßen in den Berliner Bezirken. Hier fehlte es bislang an einem Gesamtüberblick und einer Analyse des Status Quo. Der Arbeitskreis Stadtraum hat sich dieser Aufgabe gewidmet und dazu einen Artikel in seiner bald erscheinenden Publikation verfasst. Dabei betont der Arbeitskreis die intersektionale Perspektive von Machtverhältnissen im Stadtraum. Was ebendiese intersektionale Perspektive in migrantischen, dekolonialen, feministischen Kämpfen ausmacht, wird deutlich im Beitrag des Koreaverbands zum Kampf um den Erhalt der Friedensstatue im Bezirk Berlin Mitte/Moabit. Die Friedensstatue symbolisiert dabei die Vielschichtigkeit solcher Kämpfe. Sie erinnert an patriarchale Gewalt im Zuge von Koreas kolonisierter Vergangenheit, an die Diversität der identitätsstiftenden Erzählungen in der post-migrantischen deutschen Gesellschaft sowie an die Dekolonialität antiimperialen Widerstands als Grundlage einer jeden modernen demokratischen Gesellschaft.

Ein Konzept zur Erinnerung der kolonialen Geschichte des Landes Berlin muss die Geschichte Berlins, Brandenburgs, Preußens sowie die des Wilhelminismus, des Faschismus und der zwei deutschen Staaten nach 1949 neu und anders lesen als bisher – und dadurch Zwischenräume sichtbar machen

Dr. Ibou Diop

Zur Eröffnung des Humboldt Forums sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Deutschland ist ein Land mit Migrationshintergrund“. Deutschland veränderte sich in den letzten dreißig Jahren tiefgreifend: von einem Land, das in Ost und West Zuwanderer*innen als temporäre Gastarbeiter*innen betrachtete, zu einem Land, das langsam ein öffentliches Bewusstsein für seine Rolle als Einwanderungsland entwickelt. Die Aussage Steinmeiers ist bis heute nicht in eine allgemein akzeptierte Erzählung des Deutschseins integriert.

Der Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses 2019 (DS 18/1788), das lange geforderte gesamtstädtische Erinnerungskonzept zur Geschichte und zu den Folgen des Kolonialismus

in Berlin zu entwickeln, ist ein konkreter Schritt, diesen Wandel zu gestalten.

Dieses Erinnerungskonzept prägen zwei zentrale Intentionen. Erstens: Die öffentliche Anerkennung und kritische Reflexion der kolonialen Geschichte Deutschlands und im engeren Sinne des Landes Berlin. Und zweitens: Wege und Formen zu finden, die historischen Erfahrungen bis heute kolonisierter Kulturen und Menschen als wertvoll und relevant erfahrbar zu machen. Dazu gehört auch, die kolonialen Praktiken aufzudecken, denen Deutschland bis heute seinen Wohlstand zu einem sehr großen Teil verdankt, und sich ihrer wieder und wieder bewusst zu werden. Die Geschichte dieses Wohlstands ist auch eine Geschichte des Genozids an afrikanischen Gesellschaften und der Verwüstung ganzer Ökonomien und Kulturen, die bis heute nicht als organischer Teil der deutschen Geschichte betrachtet werden.

Frantz Fanon sagte 1956 auf dem „Ersten Kongress Schwarzer Schriftsteller*innen und Künstler*innen“ in Paris zum Thema Rassismus und Kultur: "Es ist nicht möglich, Menschen zu versklaven, ohne sie logischerweise durch und durch zu unterwerfen. Und Rassismus ist nichts anderes als die emotionale, affektive und intellektuelle Ausbeutung dieser Unterwerfung."

Über Wiedergutmachung nach Jahrhunderten des Kolonialismus und der Kolonialität nachzudenken, bedeutet, diese Geschichte der Unterwerfung sichtbar zu machen, die Perspektive einer europäischen Superiorität aufzugeben und das gesamte Gefüge kultureller Werte und Beziehungen neu zu gestalten. Für ein Erinnerungskonzept bedeutet das, die Spuren des Kolonialismus im Leben der Stadt Berlin zu identifizieren und sichtbar zu machen. Das setzt die kulturellen und politischen Beziehungen Berlins mit der Welt, insbesondere mit den ehemals von Deutschland kolonisierten Gesellschaften, in ein neues Licht und lenkt den Fokus auf die Beziehungen der Berliner*innen heute untereinander.

Bis zur deutschen Wiedervereinigung[36] und vielleicht bis heute lag der Schwerpunkt der Erinnerungsarbeit der deutschen Gesellschaft in der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Dass die deutsche Kolonialgeschichte auch Teil der deutschen Geschichte ist, klingt selbstverständlich, wird allerdings noch immer als weniger zentral oder relevant betrachtet, als „kurze Episode“, die allerdings, im Vergleich zum Nationalsozialismus, sehr viel länger währte, sich mit Völkermord verbindet und in der Mentalitätsgeschichte der Deutschen tiefe Spuren hinterlassen hat. Das ist bis heute an Berliner Straßennamen, Sammlungsbeständen oder Lehrplänen der Schulen abzulesen.

Mit dem Ziel der maximalen Ausbeutung bis hin zur Vernichtung versuchte die westliche Politik der Dominanz, den kolonisierten Gebieten in Afrika, Asien, Amerika, Australien und im Pazifik in einem groß angelegten Projekt ihre Menschlichkeit abzusprechen und sie ihres menschlichen, materiellen und immateriellen Reichtums zu berauben.

Europa archivierte als „Kontinent des Fortschritts“ scheinbar uraltes, nicht-westliches Wissen, theoretisierte die Überlegenheit des Konzepts der *weißen* „Rasse“ und versuchte alles auszulöschen, was mit der Vorherrschaft des Westens konkurrierte oder sie in Frage stellte. Das gilt auch für die Erinnerung an die Geschichte dieser Gewalt.

Demgegenüber geht unser Konzept der Erinnerung von einer Philosophie des Hinzufügens, der Komplementarität oder des Parallelismus aus.[37]

Berlin ist der Ort, der dem Kolonialismus als Praxis der Zerstückelung ein Programm bzw. Struktur gegeben hat, da sich hier von November 1884 bis Februar 1885 europäische Mächte trafen, um Afrika im wahrsten Sinne des Wortes unter sich aufzuteilen.

Diese Geschichtsschreibung, an der Deutschland maßgeblich beteiligt war und auch heute noch ist, hat zur Folge, dass wir in einer Welt leben, in der Schwarze Menschen und Schwarze Körper ganz unten in der Hierarchieebene verortet werden. Das bedeutet konkret, dass der Alltag von BIPoC von Rassismus geprägt ist. Dies betrifft in besonderem Maße Menschen afrikanischer Herkunft.

Ein Konzept zur Erinnerung der kolonialen Geschichte des Landes Berlin muss vor allem die Geschichte Berlins, Brandenburgs, Preußens sowie die des Wilhelminismus, des Faschismus und der zwei deutschen Staaten nach 1949 neu und anders lesen als bisher - und dadurch Zwischenräume sichtbar machen. In all diesen Epochen haben Menschen aus Afrika hier gelebt, gelehrt, Familien gegründet, Romane geschrieben, Rassismus erlebt und ihre Welten und Erzählungen dagegen gestellt.

Wer eine andere Zukunft will, muss mit der Gegenwart beginnen. Und wer die Gegenwart verändern möchte, muss auch Geschichte neu erzählen, was auch bedeutet, neue, bisher ungehörte, verdrängte oder mutwillig ausgeschlossene Geschichten zu erzählen.

Die in der Berliner Zivilgesellschaft organisierten BIPoC sehen kulturelle Widersprüche nicht als Quelle eines „Clash der Kulturen“, sondern setzen sich dafür ein, sie als **Momente und Ort der Ergänzung und Bereicherung** wahr- und anzunehmen. Sie sind somit in ihren Ansätzen auf der Suche nach der Bewahrung der Erinnerungen, der Dokumentation und des Hinterfragens von Zeit und Raum mit dem Ziel, *eine* Gesellschaft zu schaffen und die europäische „Geschichte der Zerstückelung“ und der Gewalt nicht fortzusetzen, sondern zu reparieren. Diese Teilhabe, die sich auch in dem ausdrückte, was Léopold Sédar Senghor das *“Rendezvous des Gebens und Nehmens“* nannte, denkt die Welt durch Austausch und Weitergabe. Eine Weitergabe, die Teilhabe als notwendiges Ganzes in einem Zusammenleben in der Verschiedenheit begreift.

[36] bzw. der Eingliederung der DDR in die BRD

[37] d. h. der Gleichzeitigkeit und des Miteinander-Funktionierens mehrerer historischer Erzählungen.

Jahresrückblick des Arbeitskreises Stadtraum

Clara Westendorff und Fee Wüstenberg

Der *AK Stadtraum* hat sich im November 2021 durch die Zusammenarbeit von Decolonize Berlin e.V., Straßenlärm Berlin e.V. und dem Bündnis Netzwerk gegen Femizide zur Umbenennung des Nettelbeckplatzes in Wedding gegründet. Uns fiel nach der Kennenlernphase auf, dass uns zahlreiche Fakten zum Stadtraum Berlins fehlten: Welche Personen werden geehrt? Wie viele Straßen sind nach PAD/BIPoC benannt? Welche Straßen und Plätze ehren Frauen? Als wir diese Leerstellen bemerkten, hat sich die Idee einer umfangreichen Auszählung aller Berliner Straßennamen geformt.

Das gesamte Jahr 2022 haben wir uns mit der Auszählung aller Straßennamen Berlins beschäftigt und untersucht, wer genau im öffentlichen Raum geehrt wird. Wir wollten einerseits Zahlen für unsere weitere Arbeit schaffen und andererseits Bezirksämtern und Museen die Bedeutung einer feministischen und dekolonialen Erinnerungskultur aufzeigen.

Wir stellten fest: Die Lage ist schlecht. Jeder Berliner Bezirk spiegelt eine *weiße* patriarchale Erinnerungskultur wider und ehrt deutlich mehr *weiße* Männer als Frauen und PAD/BIPoC. Lediglich 10 Straßen und Plätze in Berlin sind nach PAD/BIPoC benannt. Praktischerweise konnten wir durch die Untersuchung auch Doppelbenennungen ausfindig machen, die nach §5 der Ausführungsvorschrift des Berliner Straßengesetzes (BerlStrG) nicht rechtens sind und daher leichter umbenannt werden könnten.

Bei der Erarbeitung der Statistik haben wir uns auf das Straßenverzeichnis Kauperts sowie die Listen aller Straßen und Plätze in Berlin von Wikipedia gestützt. Personendaten haben wir

Grafik: Konstantin Andörfer

nach Möglichkeit mit der Gemeinsamen Normdatei (GND) der Deutschen Digitalen Bibliothek überprüft. Die Bezirke wurden nach der Bezirksgebietsreform von 2001 in Unterbezirken erfasst. Die Statistik, die sich durch die grafische Arbeit von Konstantin Andörfer in ein Dossier verwandelt hat, erscheint voraussichtlich Ende 2022 über Decolonize Berlin e.V. als Online- und Print-Publikation. Es ist nach unserer Recherche die erste Auszählung von Berliner Straßennamen dieser Art.

Wir, der *AK Stadtraum*, fordern eine feministische, dekoloniale Erinnerungskultur, die einen Teil dazu beiträgt, die herrschende männlich dominierte, *weiße* Geschichtsschreibung zu dekonstruieren und PAD/BIPoC sowie FLINTA*-Vorbilder aufzuzeigen. Mit dieser Statistik haben wir Fakten geschaffen, die als Grundlage für die Berliner Bezirksämter, Bezirksmuseen und zivilgesellschaftlichen Initiativen dienen soll, um sich mit den problematischen Kontexten des Stadtraums auseinanderzusetzen und Umbenennungsprozesse anzustoßen und mitzutragen.

Die Friedensstatue muss bleiben! Erinnerung an die „Trostfrauen“

Nataly Han Jung-Hwa

Foto: Korea-Verband e.V.

Am 28. September 2020 stellte der Korea-Verband auf Empfehlung der Kommission Kunst im Stadtraum Bezirk Mitte mit offizieller Genehmigung die Friedensstatue in Moabit auf. Die Bronzefigur in Mädchengestalt repräsentiert die sogenannten „Trostfrauen“, die über 200.000 Mädchen und Frauen, die durch das japanische Militär von 1931 bis 1945 aus dem gesamten asiatisch-pazifischen Raum in die Kriegsfelder verschleppt und sexuell versklavt wurden.

Die Statue soll vor allem an die mutigen und selbstermächtigten Schritte der Überlebenden erinnern. 1991 brach Kim Hak-Soon, Überlebende des „Trostfrauen“-Systems, öffentlich vor der Kamera das Schweigen. Ihrem Beispiel folgten über 1.000 Betroffene aus 14 Ländern, die ihre Stimme erhoben. Hierdurch entstand eine globale „Trostfrauen“-Bewegung.

Kampf um die Friedensstatue

Nur einen Tag nach der Aufstellung der Friedensstatue begann die japanische Regierung, Druck auf die deutsche Politik auszuüben mit dem Ziel, die Statue wieder zu entfernen. Das Bezirksamt Mitte entzog daraufhin seine Genehmigung und forderte den Korea-Verband auf, die Statue innerhalb einer Woche abzubauen. Die Begründung: Deutschlands gute Beziehungen zu Japan sowie das friedliche Miteinander von 100 Nationen im Bezirk Mitte sollten nicht gestört werden.

Der Korea-Verband wiederum mobilisierte die Zivilgesellschaft und sammelte in zwei Tagen 12.000 Unterschriften für den Erhalt der Statue. Menschen aus Berlin und der ganzen Welt protestierten und verhinderten ihre Entfernung. Im August 2021 verlängerte das Bezirksamt Mitte die Genehmigung, jedoch nur um ein weiteres Jahr. Im Juni 2022 schließlich forderte die Bezirksverordnetenversammlung das Bezirksamt zum dritten Mal auf, die Statue als dauerhaftes Denkmal anzuerkennen. Doch die nächste Verlängerung bzw. die Genehmigung für den dauerhaften Erhalt steht noch immer aus. Derweil versucht die japanische Regierung weiterhin, deutsche Politiker*innen zu beeinflussen. Zudem wurde die Friedensstatue von rechten Leugner*innen aus Japan und Korea heimgesucht, die gezielt Falschinformationen verbreiteten. Der Korea-Verband mobilisierte abermals die Öffentlichkeit für eine Aktionswoche, um dem Hass entgegenzustehen.

Foto: Korea-Verband e.V.

Neue Erinnerungskultur

Die Befürchtungen des Bezirksamtes sind unbegründet. Weder haben sich die Beziehungen zu Japan verschlechtert noch gibt es in Berlin Streit unter den koreanischen und japanischen Communities. Im Gegenteil: Die Friedensstatue verbindet viele Communities in Berlin, die gegen Rassismus, Sexismus und Kolonialismus kämpfen. Sie ist zum Symbol für Mut und Aufbegehren gegen Unrecht geworden. An der Friedensstatue wird demonstriert - am 8. März zum Internationalen Frauentag, am 25. November zum Tag gegen Gewalt an Frauen – und erinnert - an die Opfer des rassistischen Attentats von Hanau und des anti-asiatischen Atlanta-Spa-Shootings im März 2021. Die Statue ist fester Bestandteil im Kiez und im Stadtbild.

Die Friedensstatue steht nicht für einen Konflikt zwischen Korea und Japan. Sie erinnert an antikoloniale und feministische Kämpfe, die damals und heute über Europa hinausgehen, weist auf die Kontinuität von sexueller Gewalt hin und macht Mut. Der Kampf um ihren Verbleib wirft Fragen auf: Woran wollen und dürfen wir uns in der deutschen Gesellschaft erinnern? Wessen Geschichte ist im Stadtbild vertreten und wer entscheidet hierüber? Die Friedensstatue antwortet: Dies ist unsere Stadt, dies sind unsere Geschichten. Und wir werden nicht schweigen, sondern sie erzählen.

Ausblick 2023

Im nächsten Jahr widmet sich die Koordinierungsstelle der Ausgestaltung der neuen Rahmenlehrpläne, nicht zuletzt in Geschichte und Geografie, der Stärkung der Städtepartner*innenschaft zwischen Windhoek und Berlin sowie der Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien Berlins. Weiterhin sollen juristische Perspektiven eine stärkere Rolle spielen, denn die koloniale Prägung der Rechtsinstitutionen war auch Thema im Partizipationsprozess. Die Wirkmächtigkeit, mit der rechtliche Rahmenbedingungen Lebensrealitäten marginalisierter Gruppen beeinflussen, sollte stärker beleuchtet werden, und auch hier dürfen Dekolonisierungsprozesse nicht halt machen. Das Interesse von kommunalen Einrichtungen, Kultur- und Bildungsinstitutionen, Bezirken, Medienvertreter*innen sowie Entscheidungsträger*innen in Berlin an einer kolonialen Aufarbeitung ist sehr hoch. Der Beratungs- und Vernetzungsbedarf unterschiedlichster Akteur*innen sowie Verwaltungs- und Institutionsvertreter*innen steigt und intensiviert sich. Die Dekolonisierung Berlins, Deutschlands, Europas und der Welt ist ein Prozess, an dem Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam arbeiten müssen. Für das Land Berlin schaffen wir als Koordinierungsstelle diese Austauschräume. Die Arbeit der Koordinierungsstelle geht zurück auf antikoloniale Widerstände. Daher bleibt für uns zentral, die Stimmen der Schwarzen, diasporischen und post-migrantischen Communities zu stärken und sie in ihren Bestrebungen um gleiche Rechte, Zugänge und Chancen zu unterstützen.

Impressum

Herausgeberin:
Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept
zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit bei Decolonize Berlin e.V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
www.decolonize-berlin.de
info@decolonize-berlin.de

Redaktion:
Angelina Jellesen, Renée Eloundou, Adel Oworu, Aziz Dziri

Lektorat:
Jeannine Kantara

Copyright:
bei der Redaktion und den Autor*innen

Gestaltung:
Studio Offtype Berlin

Herstellung:
Pinguin Druck GmbH, Berlin

Für die Inhalte der Publikationen ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.

Diese Veröffentlichung wurde gefördert durch:

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit | Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | BERLIN